

Die Wurzeln des Zionismus und die Erste Welle jüdischer Immigration nach Palästina

Laut dem amerikanischen Historiker Howard Sachar (1977: 6f.) geht das moderne zionistische Gedankengut bis auf die europäischen Rabbiner Judah Alkalai und Zvi Hirsch Kalischer zurück, die seit den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts immer wieder die Bedeutung der Rückkehr des jüdischen Volkes ins Heilige Land als notwendige Voraussetzung für die Erlösung und für die Ankunft des Messias unterstrichen. Sachar behauptet, derartige messianische Ermahnungen fanden unter den europäischen Juden nicht sofort und auch nicht in großem Umfang Widerhall. Dennoch, so Sachar, waren in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts in ganz Russland bereits Gesellschaften gegründet worden, die allgemein als *Chovevei Zion* (Die Zion Liebenden) bekannt waren und Palästina als Ort der nationalen Erneuerung und als Zufluchtsort vor dem Antisemitismus betrachteten.

Nach der Ermordung von Zar Alexander II. im Jahre 1881 kam es in Russland zu einer ganzen Reihe von Pogromen, bei denen eine große Anzahl von Juden getötet wurde. Bis 1914 waren bereits etwa zwei Millionen Juden vor der Verfolgung in Russland geflohen. Der größte Teil von ihnen suchte Zuflucht in den Vereinigten Staaten, der geringere Teil von ihnen, etwa 25.000, kam in zwei großen Einwanderungswellen von 1882-84 und von 1890-91 in Palästina an. Zu dieser Zeit war der Anteil der jüdischen Bevölkerung in Palästina noch sehr klein. Laut der offiziellen Volkszählung des Osmanischen Reiches aus dem Jahr 1878 lebten insgesamt nur 15.011 Juden in Palästina, während die dort lebende muslimisch-christliche Bevölkerung 447.454 Personen umfasste. (McCarthy, 1990) Die Neuankömmlinge, welche von großen jüdischen Familien wie den Rothschilds finanziell unterstützt wurden, betrachteten sich selbst als Landwirtschaftspioniere, die mit ihrer Arbeit die Grundlage für eine Selbstbestimmung der Juden in Palästina legten. In einem Brief an seinen Bruder Simon vom 21. September 1882 beschreibt Wladimir Dubnow, Arbeiter in der landwirtschaftlichen Siedlung *Mikveh* Israel, die Gefühle und Hoffnungen dieser frühen jüdischen Siedler folgendermaßen:

Mein letztendliches Ziel, ebenso wie das vieler anderer hier, ist weitaus größer, weiter gefasst, unfassbar, aber nicht unmöglich zu erreichen. Dieses Ziel besteht darin, die Kontrolle über Palästina zu erlangen und dem jüdischen Volk die politische Unabhängigkeit wiederzugeben, die ihm zweitausend Jahre lang verweigert war. Lach nicht, das ist kein Traum. Wir haben die Mittel zur Erreichung dieses Ziels. Wir müssen Siedlungen in diesem Land gründen, deren Basis Landwirtschaft und Handwerk sind, wir müssen alle möglichen Arten von Betrieben gründen und nach und nach erweitern. Kurz gesagt: Wir müssen Maßnahmen ergreifen, damit sich das gesamte Land und die gesamte Industrie in jüdischer Hand befinden. Außerdem wird es notwendig sein, die Jüngeren und die nächsten Generationen den Umgang mit Feuerwaffen zu lehren (in der freien, wilden Türkei ist alles möglich). Und dann – und hier schweife auch ich in Spekulationen ab – wird der glorreiche Tag anbrechen, von dem Jesaja in seinen glühenden und poetischen Verkündigungen gesprochen hat. Die Juden werden mit lauter Stimme und wenn nötig mit der Waffe in der Hand verkünden, dass sie die Herren über ihr altes Heimatland sind. (zitiert in Gilbert, 1999: 5-6)

Die Beziehungen zwischen den neuen jüdischen Immigranten und der einheimischen Bevölkerung waren sehr unterschiedlich. Man erwarb Grundstücke von *Effendis*, die selbst nicht im Land lebten, und baute darauf die jüdischen Siedlungen. In vielen Fällen wurden die Einheimischen, die sich bis dahin um das Land gekümmert hatten, mithilfe der türkischen Polizei von dort vertrieben, was Verbitterung und Gewalt auslöste. Einige Zionisten, wie beispielsweise Ahad Aham, standen der Art und Weise, wie die Siedler sich die Kontrolle über das Land sicherten und wie sie die Einheimischen behandelten, sehr kritisch gegenüber. 1891 sagte Aham, die Siedler „behandeln die Araber feindselig und grausam, berauben sie auf skrupellose Art und Weise ihrer Rechte, beleidigen sie grundlos und prahlen auch noch damit. Und niemand sagt oder tut etwas gegen dieses verabscheuungswürdige Verhalten.“ (1923: 107; zitiert in Hirst, 1977: 24) Es gibt allerdings auch Beweise dafür, dass die beiden Gruppen teilweise zum gegenseitigen Nutzen zusammenarbeiteten. Die jüdischen Siedlungen brachten nämlich auch einige Vorteile mit sich, darunter zusätzliche Arbeitsplätze, Zugang zu medizinischer Versorgung, die Möglichkeit zur Ausleihe moderner Gerätschaften und einen Absatzmarkt für die eigenen Produkte. Sachar berichtet, in den

90er Jahren des 19. Jahrhundert seien in der landwirtschaftlichen Siedlung *Zichron Ya'akov* mehr als 1.000 Araber beschäftigt gewesen, die dort für etwa 200 Juden arbeiteten. (1977: 34) Der ehemalige Nahost-Korrespondent des *Guardian*, David Hirst (1977), schreibt, zu Beginn des 20. Jahrhunderts sei dann ein militanterer Typ des jüdischen Siedlers in Palästina aufgetreten. Dieser sei von den Ideen Theodor Herzls inspiriert gewesen und entschlossen, die Kontrolle über das Land zu erlangen und Nicht-Juden vom Arbeitsmarkt in Palästina auszuschließen. Der *Jüdische Nationalfond*, der zur Verwaltung der Landkäufe der Juden gegründet worden war, verfügte im Jahr 1901, dass die Grundstücke, die über den Fond erworben wurden, niemals an Nicht-Juden weiterverkauft oder verpachtet werden dürfen, und die Siedler begannen, die arabischen Arbeitskräfte zu boykottieren. (Hirst, 1977; Shafir, 1999)

Theodor Herzl und die Entstehung des politisch orientierten Zionismus

Theodor Herzl, der allgemein als Begründer des politisch orientierten Zionismus gilt, war ein jüdischer Journalist und Schriftsteller aus Österreich-Ungarn. Der ansteckende Antisemitismus, der zu jener Zeit in ganz Europa herrschte, hatte ihn zutiefst erschüttert. In seiner Funktion als Journalist für die Wiener Tageszeitung *Neue Freie Presse* hatte er über den berüchtigten Dreyfus-Prozess in Paris berichtet, in dem ein jüdischer Offizier fälschlicherweise beschuldigt worden war, Geheimnisse an die Deutschen verraten zu haben, und die Wahl von Karl Lueger, dem Anführer einer Partei mit ganz offener antisemitischer Ausrichtung, zum Bürgermeister von Wien hatte ihn ebenfalls stark beunruhigt.

Herzl war der Ansicht, dass die Verstreutheit in der Diaspora und die Tatsache, dass die Juden in jedem Land, in dem sie lebten, eine Minderheit waren, die zentralen Probleme des jüdischen Volkes darstellten. Dies, so Herzl, führte zu einer Abhängigkeit der Juden von der Kultur des Gastlandes und zu einer Unterdrückung der Selbstbestimmung. Außerdem glaubte Herzl, der weit verbreitete Antisemitismus würde bedeu-

ten, dass eine vollständige Assimilation der Juden in den Gesellschaften der europäischen Länder für die meisten Juden unmöglich wäre.

In seinem Buch *Der Judenstaat* (1896) legt er dar, dass die Lösung für dieses Problem darin bestünde, einen eigenen Staat für die Juden zu errichten, in welchem sie in der Mehrheit wären und ihre Selbstbestimmung als Nation ausüben könnten. Im Gegensatz zum „praktischen Zionismus“ der Siedler in Palästina, die seit 1882 in Palästina ankamen, entschied sich Herzl für eine politische Orientierung. Er baute Verbindungen zu bekannten Staatsmännern der großen Reiche auf und versuchte so, eine Charta für einen Judenstaat zu erreichen.

Herzl hatte zwei mögliche Standorte für seinen geplanten Judenstaat im Auge: Argentinien oder Palästina. Aus seinen Tagebüchern lässt sich erkennen, dass er stark von dem britischen Imperialisten Cecil Rhodes beeinflusst war und dass ihn besonders die Art und Weise, wie Rhodes den Einheimischen die Kontrolle über Mashonaland und Matabeleland entzogen hatte, sehr beeindruckt hatte. (Hirst, 1977) In seinen Tagebüchern schreibt Herzl, die Siedler sollten sich an Rhodes ein Beispiel nehmen und die einheimische Bevölkerung „sachte“ enteignen und „trachten, die arme Bevölkerung unbemerkt über die Grenze zu schaffen, indem wir ihr in den Durchzugsländern Arbeit verschaffen, aber in unserem eigenen Lande jederlei Arbeit verweigern“. „Das Expropriationswerk muss ebenso wie die Fortschaffung der Armen mit Zartheit und Behutsamkeit erfolgen.“ (Herzl, 1984: 117f.)

Zur Erreichung seines Ziels war Herzl auf der Suche nach einem Gönner unter den Imperialmächten, der bereit wäre, eine solche Siedlungscharta zu gewähren. Er umwarb den deutschen Kaiser, den Sultan des Osmanischen Reiches und den Briten Joseph Chamberlain und betonte allen gegenüber die Vorteile, die ein Judenstaat und das jüdische Kapital ihnen bringen würden. Im Jahr 1901 reiste Herzl eigens nach Konstantinopel, um sich dort mit dem Sultan zu treffen. In einem letztlich erfolglosen Versuch, vom Sultan eine Charta zur Einrichtung einer *Jüdisch-Osmantischen Kolonisierungsgesellschaft in Palästina* zu erhalten, bot er ihm an, dass die Juden die Staatsschulden des Osmanischen Reiches ausgleichen würden. Bohm (1935) behauptet, durch den dritten Artikel dieser angestrebten Charta hätte die jüdische Verwaltung das Recht erhalten, die einheimische Bevölkerung aus Palästina zu vertreiben.

Danach wandte sich Herzl den britischen Politikern zu. Hirst (1977:) schreibt, Herzl habe versucht, eine Verbindung zwischen den Zielen der

Zionisten und den imperialen Interessen der Briten herzustellen. Darüber hinaus versuchte er, den Antisemitismus bestimmter britischer Politiker für seine Zwecke zu nutzen, indem er dahingehend argumentierte, dass der Strom jüdischer Immigranten, die vor Pogromen nach Großbritannien flüchteten, abnehmen würde, wenn die Juden einen eigenen Staat hätten. Zu jener Zeit bestand bei einigen Vertretern des britischen Establishments die Befürchtung, die Juden könnten den Bolschewismus nach Großbritannien einschleppen.

Herzl warb bei Lord Rothschild für eine Schaffung jüdischer Kolonien auf Zypern, auf der Halbinsel Sinai und im ägyptischen Teil Palästinas, doch dieser Plan stieß auf Gegenwehr seitens der ägyptischen Behörden. Im April 1903 schlug Neville Chamberlain Herzl vor, die Zionisten sollten ihren Judenstaat unter der Hoheitsgewalt der britischen Krone in Uganda errichten. Chamberlain bot ihm dafür ein Gebiet an, in das eine Million Juden einwandern und dort siedeln könnten und das unter der Kontrolle eines jüdischen Gouverneurs stehen würde. (Gilbert, 1999: 21) Herzl akzeptierte diesen Vorschlag. Martin Gilbert schreibt, dass Herzl „entschlossen war, das erste Angebot anzunehmen, welches den Juden von einer Großmacht gemacht würde, und somit den russischen Juden zumindest einen zeitweiligen Zufluchtsort zu bieten“. (1999: 21) Obwohl nicht alle Zionisten von dem Vorschlag begeistert waren, gelang es Herzl doch, auf dem 6. Zionistischen Weltkongress 1903 in Basel mit 295 Stimmen dafür, 175 dagegen und 99 Enthaltungen eine Mehrheit für den Uganda-Plan zu erhalten. Nachdem Herzl jedoch kurz darauf, im Juli 1904, im Alter von 44 Jahren starb, wurde mit ihm auch der Uganda-Plan beerdigt. Auf dem Weltkongress 1905 wurde er endgültig abgelehnt und die Aufgabe, den politisch orientierten Zionismus weiter voranzubringen, wurde dem britischen Chemiker Chaim Weizman übertragen.

Die zweite Welle jüdischer Immigration nach Palästina

Im Jahr 1904 begann die zweite Welle jüdischer Immigration nach Palästina, ebenfalls infolge von Pogromen in Russland. In den darauf folgenden zehn Jahren wanderten zwischen 35.000 und 40.000 Juden nach Palästina ein. Unter ihnen befand sich auch ein damals 20-jähriger russischer Jude namens David Grün. (Er änderte später seinen Namen in Ben-Gurion, Sohn des Grün.) Er kam im September 1906 in Jaffa an und sollte später eine wichtige Rolle beim Auf- und Ausbau des Staates Israel spielen.

Die neuen Immigranten arbeiteten größtenteils in den landwirtschaftlichen Siedlungen, die von den Einwanderern der ersten Welle begründet worden waren, oder aber in den Städten. Sie gründeten auch die ersten jüdischen Parteien, schufen eine hebräischsprachige Presse, Gemeinschaftsfarmen (so genannte *Kibbuzim*) und im Jahr 1909 die erste jüdische Selbstverteidigungsmiliz mit dem Namen *HaShomer* (Der Wächter), deren Motto lautete: „Durch Blut und Feuer fiel Judäa, durch Blut und Feuer soll Judäa auferstehen.“ (Gilbert, 1999: 27) Der israelische Soziologe Gershon Shafir sagt, im Kampf um eine ausschließlich jüdische Arbeiterschaft haben sich die jüdischen Arbeiter in „militante Nationalisten“ verwandelt, die „eine homogene jüdische Gesellschaft schaffen wollten“. (1999:88)

Palästina wurde zum Entstehungsort zweier konkurrierender Formen des Nationalismus: da war einerseits der Nationalismus der einheimischen Bevölkerung aus Muslimen und Christen, die nur allzu gern die Herrschaft der Osmanen abgeschüttelt hätten, und andererseits der Nationalismus der neu eingewanderten Juden, die dort unbedingt ihr eigenes Land gründen wollten. Einige Zionisten begannen, die Bedeutung einer bewaffneten Truppe immer wieder zu betonen. Israel Zangwill, der auch den Wahlspruch „ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“ geprägt hatte, sagte auf einem Zionistentreffen in Manchester im Jahr 1905: „[Wir] müssen dazu bereit sein, die [arabischen] Stämme, denen das Land gehört, mit dem Schwert von dort zu vertreiben, wie es unsere Vorfäter getan haben, oder aber uns mit dem Problem auseinanderset-

zen, dass ein großer Teil der Bevölkerung Fremdstämmige sein werden“. (Zangwill; zitiert in Morris, 2001: 140)

Die Palästinenser, die selbst unter der Herrschaft des Osmanischen Reiches standen, leiteten ihre Proteste zunächst sehr ehrerbietig über ihre Anführer weiter. In den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts ersuchten Vertreter der palästinensischen Oberschicht wiederholt ihre imperialen Oberherren in Konstantinopel, der jüdischen Immigration nach Palästina Grenzen zu setzen, blieben dabei jedoch erfolglos. Das Ende des 19. Jahrhunderts war eine Zeit des zunehmenden pan-arabischen Bewusstseins, das in der Bewunderung für die arabische Literatur und Kultur seine Wiedergeburt erlebte. Owendale schreibt, sowohl das Osmanische Reich als auch die Ausbreitung des Zionismus wurden von den Arabern als Bedrohung für die eigene Entwicklung angesehen. Weiter schreibt er, dass „zwischen 1909 und 1914 in Palästina der Widerstand der nationalistisch Orientierten gegen den Zionismus zunahm: man befürchtete, dass im Falle einer Einnahme Palästinas durch die Juden die territoriale Einheit der arabischen Welt zerstört und das Anliegen der Araber geschwächt würde“. (1999: 12) 1914 sagte der muslimische Intellektuelle Rashid Rida, die Palästinenser stünden vor einer maßgeblichen Entscheidung: Sie können sich entweder mit den Zionisten dahingehen einigen, dass die Zionisten im Austausch für ein Entgegenkommen seitens der Araber ihre eigenen Ambitionen einschränken würden, oder sie können sie mit Waffengewalt bekämpfen.

Es liegt ganz bei den Führern der Araber – die die einheimische Bevölkerung bilden –, sich für eine von zwei Möglichkeiten zu entscheiden. Entweder müssen sie mit den Führern der Zionisten zu einem Ausgleich der Interessen beider Seiten kommen [...] oder sie müssen alle Kräfte bündeln und die Zionisten auf jede erdenkliche Art bekämpfen, zunächst durch die Gründung von Firmen und Gesellschaften und schließlich auch durch die Bildung bewaffneter Truppen, die sie mit Gewalt bekämpfen. (Rida; zitiert in Hirst, 1977: 32-33)

Die Balfour-Deklaration und das britische Mandat

Im Verlauf des Ersten Weltkrieges ging man allgemein davon aus, dass das Osmanische Reich auseinander fallen würde, und so begannen die Entente-Mächte damit, über ihre territorialen Ansprüche zu verhandeln. 1916 endeten die Verhandlungen zwischen Großbritannien, Frankreich und Russland mit der Unterzeichnung des geheimen Sykes-Picot-Abkommens, durch welches so genannte „Einflusssphären“ der europäischen Mächte in der Region geschaffen werden sollten. Doch in dem Abkommen wurden auch die realen Gegebenheiten in Bezug auf den arabischen Nationalismus in Betracht gezogen und so wurde in dem Abkommen die Anerkennung „eines unabhängigen arabischen Staates“ oder einer „Konföderation arabischer Staaten“ in der Region festgeschrieben. Zusicherungen seitens der Briten an die Araber bezüglich ihrer Unabhängigkeit nach dem Sieg über die Mittelmächte (die man ihnen als Belohnung für die Unterstützung der Araber während des Ersten Weltkriegs zugesagt hatte) finden sich in der Korrespondenz zwischen dem britischen Hochkommissar in Ägypten, Sir Henry McMahon, und dem Emir von Mekka, Sharif Hussein, der zudem als Hüter der allerheiligsten Stätten des Islam galt.² Doch diese Zusicherungen der europäischen Mächte, die Unabhängigkeit der Araber anzuerkennen, stand im Widerspruch zu den Zusicherungen, die die Briten zeitgleich gegenüber den Zionistenführern gemacht hatten, dass Großbritannien sich für die Schaffung eines Judenstaates in Palästina einsetzen würde. Zionis-

2 In einem Brief vom 24. Oktober 1915 beschrieb McMahon die Gebiete, in denen die Briten bereit waren, eine Unabhängigkeit zu gewähren: „Die beiden Distrikte Mersina und Alexandretta und Teile Syriens westlich der Distrikte Damaskus, Homs, Hama und Aleppo können nicht als rein arabisch angesehen werden und sollten deshalb von den geforderten Grenzziehungen ausgeschlossen werden. Wir erkennen diese Grenzen mit den oben genannten Modifikationen und ohne jede Beeinträchtigung unserer bereits bestehenden Verträge mit arabischen Führern an. Was nun die Gebiete innerhalb dieser Grenzen angeht, in denen Großbritannien Handlungsfreiheit genießt, solange dadurch kein Nachteil für unseren Verbündeten Frankreich entsteht, so bin ich ermächtigt, im Namen der Regierung von Großbritannien folgende Zusicherungen zu machen und Ihnen folgende Antwort auf Ihren Brief zu geben: (1) Unter der Bedingung der Anerkennung der oben genannten Modifikationen ist Großbritannien bereit, die Unabhängigkeit der Araber in allen Gebieten innerhalb der von Sharif von Mekka geforderten Grenzen anzuerkennen und zu unterstützen“. (Brief zitiert in Ingrams, 1972:2)

tische Führer pflegten enge Beziehungen zu bekannten britischen Politikern, darunter auch Lloyd George, Arthur Balfour, Herbert Samuel und Mark Sykes. 1915 schlug Samuel in einem Memorandum mit dem Titel *The Future of Palestine* (Die Zukunft Palästinas; Anm. d. Übers.) vor, „Großbritannien [solle] Palästina annekieren, [wo] man dann drei oder vier Millionen europäischer Juden unterbringen könnte“. (Weisgal, 1944:131; zitiert in UN, 1990) Und in der Balfour-Deklaration vom November 1917 wurde die Unterstützung der Briten für einen Judenstaat dann explizit festgeschrieben:

Die Regierung seiner Majestät steht der Gründung einer nationalen Heimstatt für das jüdische Volk in Palästina wohlwollend gegenüber und wird sich nach Kräften bemühen, die Erreichung dieses Ziels zu unterstützen. Es versteht sich von selbst, dass hierbei nichts unternommen werden sollte, wodurch die bürgerlichen oder religiösen Rechte der bestehenden nicht-jüdischen Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte oder den politischen Status von Juden in irgendeinem anderen Land beeinträchtigt würden.

Die „nicht jüdischen Gemeinschaften“, die 89 Prozent der Bevölkerung ausmachten und aus Arabern, Muslimen und Christen bestanden, waren angesichts der Deklaration sehr verärgert.³ Sie merkten an, dass in der Deklaration nur von ihren „bürgerlichen und religiösen Rechten“ die Rede war, nicht aber von ihren politischen Rechten. Außerdem stellten sie in Frage, dass die Briten berechtigt waren, Land zu verschenken, das ihnen gar nicht gehörte.

Für die Zionisten dagegen stellte die Deklaration einen großen Sieg dar. Der israelische Historiker Avi Shlaim schrieb in freier Wiedergabe eines Ausspruches von Chaim Weizman, die Deklaration hätte „den Juden den goldenen Schlüssel in die Hand gegeben, um die Tore nach Palästina zu öffnen und sich dort selbst zu den Herren des Landes zu machen“. (2000:7) Die Rechtmäßigkeit der Balfour-Deklaration ist seither von mehreren Experten angezweifelt worden. (Linowitz, 1957; Cattani, 1973) Nach Ende des Ersten Weltkrieges erhielt Großbritannien über das Mandatssystem zur Zerstückelung des Osmanischen Reiches die Kon-

3 Laut einer von den Briten durchgeführten Volkszählung aus dem Jahr 1922 lag die Gesamtbevölkerungszahl in Palästina bei 752.048, darunter waren 83.790 Juden, 589.177 Muslime und 71.464 Christen. (United Nations, 1945)

trolle über Palästina. 1921 teilte Großbritannien das Gebiet in zwei Teile, wobei der Teil östlich des Jordans zu Transjordanien wurde und das Gebiet westlich davon zum Mandatsgebiet Palästina. Im Juli 1922 bestätigte der Völkerbund das Mandat der Briten für Palästina, wobei in Artikel 4 des Mandats festgeschrieben wurde, dass „eine entsprechende jüdische Vertretung als Gremium zur Beratung und Zusammenarbeit mit der Administration Palästinas in allen wirtschaftlichen, sozialen und anderen Fragen, die die Schaffung der Heimstätte des jüdischen Volkes betreffen könnten, anerkannt wird“. (Gilbert, 1999: 50)

Für viele Befürworter des Staates Israel liefert die Tatsache, dass die Bedingungen der Balfour-Deklaration in das Mandat des Völkerbundes mit einbezogen wurden, eine juristische Rechtfertigung für die Errichtung des Staates Israel in Palästina. Nach Ansicht der Palästinenser dagegen waren derartige Abkommen ihrem Wesen nach kolonialistisch und die Anwesenheit der Juden in Palästina ebenso wenig legitim wie die Kolonien der französischen Siedler in Algerien, die jedoch nach der Entlassung Algeriens in die Unabhängigkeit geräumt wurden. Die einheimische Bevölkerung des Mandatsgebiets Palästina befürchtete, dass eine Masseneinwanderung von Juden nach Palästina zu einer weiteren Kolonialisierung ihres Landes führen würde und dass diese in ihrer eigenen Unterjochung enden würde. Mehrere bekannte britische Politiker teilten diese Ansicht, unter ihnen auch Lord Curzon, der am 26. Januar 1919 gegenüber Lord Balfour sagte:

Ich bin deshalb ziemlich sicher, dass, obwohl Weizman eines zu Ihnen sagt oder obwohl Sie unter einer Nationalen Heimstatt eine Sache verstehen mögen, er etwas ganz anderes im Sinn hat. Er plant einen Judenstaat, eine jüdische Nation, eine Unterordnung des arabischen und anderer Bevölkerungsteile, die dann von den Juden regiert werden: Er will, dass der Großteil des Landes in jüdischem Besitz ist und dass sie die Administration lenken [...]. Er versucht, all das ungesehen und unter dem Schutzmantel der britischen Treuhandschaft zu erreichen. (British Government, Foreign Office; 1919a; zitiert in Ingrams, 1972: 58)

Einige Vertreter des britischen Establishments glaubten, dass die Unterstützung der Errichtung eines Judenstaates einen direkten Verstoß

gegen die Bedingungen des Mandats darstellte.⁴ Andere scheinen sich weniger Sorgen über die Meinung der arabischen Bevölkerung gemacht zu haben. Ein hochrangiger britischer Vertreter soll zu Weizman gesagt haben, in Palästina gäbe es „ein paar Hunderttausend Neger, doch das ist nicht von Bedeutung“. (Heller, 1985; zitiert in Chomsky, 1992: 435) Einige Historiker jedoch haben die Vorstellung, dass die jüdischen Immigranten die einheimische arabische Bevölkerung beherrschen oder verdrängen wollten, in Frage gestellt. Martin Gilbert beispielsweise behauptet, die jüdischen Immigranten hätten das Land zum gegenseitigen Nutzen für beide Völker erschließen wollen und sie seien wegen der Folgen der jüdischen Immigration für die einheimische Bevölkerung sehr besorgt gewesen.

Ben-Gurion wollte die Dynamik der jüdischen Besiedlung mit den grundlegend humanen Idealen des Judentums verbinden, die sich über Jahrhunderte herausgebildet hatten. Die Rechte der Bewohner des Landes – die zu biblischen Zeiten nicht immer respektiert worden waren – waren für ihn von größter Bedeutung. Er war der Ansicht, ein Zusammenleben mit den Arabern würde für diese erhebliche Vorteile bringen, ohne sie auf irgendeine Art und Weise ihres Besitzes zu berauben. (1999: 38)

Andere, wie der ehemalige Premierminister Benjamin Netanjahu, argumentierten dahingehend, dass die jüdischen Siedler ein größeres Anrecht auf das Land hatten als die dort lebende Bevölkerung, weil die Juden mehr als 2.000 Jahre zuvor bereits dort gelebt hätten und in der Zwischenzeit ihren Anspruch auf das Land niemals aufgegeben hätten. Netanjahu behauptete auch, der Anspruch der Juden auf das Land habe einen höheren Wert als der Anspruch der dort lebenden Bevölkerung, da das Land angeblich nicht vollständig erschlossen worden wäre:

⁴ In einem Memorandum an Lord Curzon vom 11. August 1919 schrieb Balfour: „der Widerspruch zwischen den Buchstaben des Abkommens und der Politik der Alliierten ist im Falle der ‚unabhängigen Nation‘ in Palästina noch offenkundiger als im Falle der ‚unabhängigen Nation‘ in Syrien. Im Falle Palästinas haben wir nicht einmal angeboten, uns formell über die Wünsche der derzeitigen Bevölkerung des Landes zu informieren, obwohl die amerikanische [King-Crane-] Kommission sich pro forma danach erkundigt hat, wie diese aussehen“. (British Government, Foreign Office, 1919b; zitiert in Ingrams, 1972: 73)

Die Auseinandersetzung zwischen Juden und Arabern über ihr jeweiliges Anrecht auf eine nationale Heimstatt ähnelt in vielerlei Hinsicht der Auseinandersetzung über die Rechte eines Hausbesitzers auf sein Haus. Wenn der ursprüngliche Besitzer aus seinem Haus hinausgeworfen wird, sein Recht auf Rückkehr und erneute Inbesitznahme seines Besitzes aber zu keiner Zeit aufgibt, so kann er seinen Anspruch geltend machen. Angenommen, ein neuer Bewohner hat das Haus in Ordnung gebracht und es in ein echtes Heim verwandelt, während der ursprüngliche Anspruchsberechtigte noch in der Nähe ist, aber nicht in der Lage, seinen Anspruch geltend zu machen. In diesem Fall wird der Anspruch des neuen Bewohners, auch wenn er dort schon seit geraumer Zeit wohnt und den Wert des Besitzes erhöht hat, dem des ursprünglichen Besitzers untergeordnet. Hat jedoch in der Zwischenzeit niemand dort gewohnt und der Besitz ist verfallen, so kann es keine konkurrierenden Ansprüche geben und der ursprüngliche Besitzer hat ganz eindeutig das Recht, seinen Besitz zurückzufordern. (Netanjahu, 2000: 27-28)

Zwischen 1919 und 1926 nahm die Präsenz der Juden in Palästina durch die Zuwanderung von ca. 90.000 Juden stark zu. (Bregman, 2003: 20ff) Gilbert sagt, die antisemitischen Gewaltakte in der Ukraine in der Folgezeit des Ersten Weltkrieges, bei denen 100.000 Juden ums Leben kamen, aber auch die zunehmende Verfolgung der Juden in Polen waren ein „starker Katalysator für die Immigration“. (1999: 49) Die jüdische Gemeinde in Palästina wurde zunehmend militarisiert und man schuf eine, so Shlaim, „eiserne Wand“ unbezwingbarer Stärke, die die jüdischen Siedlungen vor Übergriffen der Araber schützen sollte. Erstmals wurde das Konzept der „eisernen Wand“ von Wladimir Jabotinsky, dem Anführer der Revisionisten, verwendet.⁵ Jabotinsky war überzeugt, dass

5 Die revisionistische Bewegung war der politische Gegner der Arbeiterbewegung von Ben-Gurion. Sie hatte eine militantere Ausrichtung in Bezug auf die Araber und verfolgte eine liberalere Wirtschaftspolitik. Der Großteil der Unterstützung, die die Revisionisten in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts erfuhren, kam von Seiten der aus Polen eingewanderten Juden. Insgesamt beanspruchten die Revisionisten nicht nur Palästina, sondern auch Transjordanien für die Juden und behaupteten, ein Konflikt mit den Arabern sei unvermeidlich. In den 20er Jahren wurde der militärische Flügel der Revisionisten, *Betar*, gegründet. In den 30er Jahren spalteten sich einige *Betar*-Mitglieder ab und gründeten die *Irgun*, eine paramilitärische Gruppierung, die in den 40er Jahren gegen die britischen Mandatsbehörden kämpfte. Die Mitglieder der revisionistischen Bewegung stellten später einen großen Teil der Anhänger der Herut- und der Likud-Partei.

die indigene arabischstämmige Bevölkerung das Vorgehen der Zionisten nicht einfach hinnehmen würde, und setzte sich für die Schaffung einer „eisernen Wand“ ein, die die einheimische Bevölkerung nicht würde durchbrechen können:

Wenn man ein Land kolonisieren will, das bereits bewohnt ist, muss man eine Garnison für das Land aufbauen oder einen Wohltäter finden, der die Garnison für einen zur Verfügung stellt. Der Zionismus ist ein Kolonisierungsunternehmen und steht und fällt damit mit der Frage der Streitkräfte. (Jabotinsky; zitiert in Masalha, 1992: 45)

Außerdem erhöhten die Zionisten ihren Landbesitz maßgeblich. Man kaufte den nicht im Land lebenden arabischen Grundbesitzern landwirtschaftliche Nutzflächen ab und vertrieb die Bauern, die das Land bis dahin versorgt hatten und die darauf lebten. Die King-Crane-Kommission, die nach Palästina entsandt worden war, um sich einen Einblick in die Ansichten der Bevölkerung vor Ort zu verschaffen, berichtete in ihren Gesprächen mit jüdischen Vertretern, dass „die Zionisten sich darauf freuen, die derzeitigen nicht jüdischen Bewohner Palästinas durch verschiedene Formen des Besitzererwerbs praktisch vollständig zu enteignen“. (British Government, 1947: 3; zitiert in Laqueur und Rubin, 1984: 29) Des Weiteren boykottierten die Zionisten zunehmend die arabischen Arbeitskräfte. Die britische Hope-Simpson-Kommission kritisiert die Beschäftigungsvereinbarungen des zionistischen Keren Ha-Yesod als diskriminierend. In diesem Zusammenhang wies man besonders auf Artikel 7 hin, in dem es hieß: „Der Siedler verpflichtet sich hiermit, [...] wenn und wann immer er sich genötigt sehen sollte, jemanden zur Hilfe anzustellen, nur jüdische Arbeitskräfte einzustellen“. Ein weiterer Kritikpunkt war Artikel 11, dort hieß es: „der Siedler verpflichtet sich [...] keine Arbeitskräfte von außerhalb einzustellen, es sei denn, es handelt sich um jüdische Arbeitskräfte“. (British Government, Cmd. 3686:52-53; zitiert in UN, 1990) Die Kommission berichtete, die durch diese exklusive Arbeitsvergabe entstehenden Spannungen stellten „eine beständige und wachsende Gefahrenquelle für das Land“ dar. (British Government, Cmd. 3686:55; zitiert in UN, 1990)

In den 20er Jahren manifestierte sich der Widerstand der Araber gegen das Projekt der Zionisten in immer länger andauernden Gewaltausbrüchen. Im Jahr 1921 kam es bei einer Parade zum 1. Mai zu Angriffen

seitens der Araber auf die Juden in Jaffa und die Gewalt griff sehr schnell auf andere Städte und auf die umliegenden ländlichen Gebiete über. Ehe es der britischen Armee gelang, die Situation unter Kontrolle zu bringen, waren bereits fast 200 Juden und 120 Araber getötet oder verwundet worden. Die Briten setzten eine Kommission zur Untersuchung der gewaltsamen Vorfälle ein und die Haycraft-Kommission berichtete, die Gewaltausbrüche seien spontaner Natur gewesen und hätten sich weniger gegen die Juden als solche, sondern vielmehr gegen die Zionisten gerichtet. In dem Bericht wies man den Arabern die Schuld für die gewaltsamen Auseinandersetzungen zu, wies aber auch auf die Befürchtungen der arabischen Bevölkerungen hin, infolge des massiven Zustroms jüdischer Immigranten letztlich unterjocht zu werden. General William Congreve, der Oberkommandierende der britischen Truppen im Nahen Osten, kritisierte die Politik von Herbert Samuel, ungeachtet des Widerstandes des größten Teils der dortigen Bevölkerung in Palästina eine nationale Heimstatt für die Juden zu errichten. (Ovendale, 1999) Kurze Zeit später wandten sich die Araber mit einer Petition an den Völkerbund, in welcher sie um demokratische Wahlen und die Unabhängigkeit Palästinas ersuchten. (Segev, 2001: 186) 1922 veröffentlichte die britische Regierung ein so genanntes Weißbuch, durch das die Befürchtungen der Araber zerstreut werden sollten. Darin bestritt man, dass die Balfour-Deklaration den Weg für einen jüdischen Staat geebnet hatte und dass die arabische Bevölkerung, ihre Kultur oder ihre Sprache unterdrückt werden würden. Es enthielt auch den Vorschlag zur Gründung eines gemeinsamen gesetzgebenden Rates, in dem Juden, Muslime und Christen vertreten sein sollten, doch der Vorschlag wurde von den Arabern zurückgewiesen. Hirst (1977) bringt vor, ein großer Teil der Mitglieder dieses Rates wäre direkt von den Briten ernannt worden, was aller Wahrscheinlichkeit nach dazu geführt hätte, dass die Juden in der Mehrheit gewesen wären. Aus diesem Grund befürchteten die Palästinenser, dass die Politik der Zionisten so unter dem Deckmantel der Verfassungsmäßigkeit hätte legitimiert werden können.

In den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts gab es noch mehr gewaltsame Zwischenfälle, in deren Folge die Briten jedes Mal eine Untersuchungskommission einsetzten, welche die Ursachen ergünden sollte. Nach 1921 trat eine Zeit relativer Ruhe ein – bis zum nächsten größeren Ausbruch der Gewalt im Jahr 1929. Diesmal bildete ein Disput über die Souveränität eines Gebietes, in dem sich wichtige religiöse Stät-

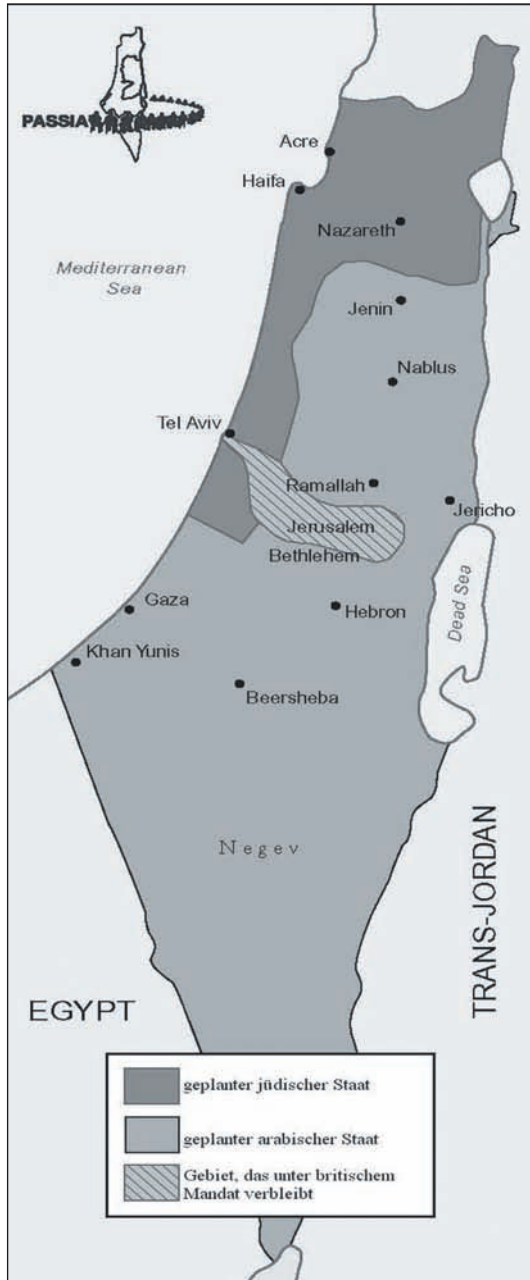
ten sowohl der Juden als auch der Muslime befanden, den Auslöser für die Gewalt. Bereits seit mehreren Monaten hatte es Spannungen diesbezüglich gegeben und die aufwiegerische Rhetorik in der arabischen und jüdischen Presse hatte sie noch zusätzlich geschürt. Ende August 1929 griff eine Gruppe bewaffneter Araber betende Juden in Jerusalem an und im Verlauf einer Woche der Unruhen und Gewalt starben 113 Juden und 116 Araber. In Hebron töteten arabische Aufständische mehr als 60 Mitglieder einer seit langem bestehenden, traditionell nicht-zionistischen jüdischen Gemeinde. Als Reaktion darauf setzten die Briten die Shaw-Kommission ein, die bei ihren Untersuchungen zu dem Schluss kam, dass jüdische Demonstrationen an der Klagemauer den Auslöser für die Gewalt gebildet hatten, dass jedoch die tiefer liegenden Gründe in politischen und wirtschaftlichen Beschwerden bestanden, die die arabische Seite gegen das Mandat vorbrachte. Weiterhin war die Kommission der Ansicht, die Masseneinwanderung von Juden nach Palästina hätte „bei den Arabern die Befürchtung geweckt, dass sie über kurz oder lang ihrer Lebensgrundlage beraubt würden und unter die politische Herrschaft der Juden geraten würden“. (zitiert in Gilbert, 1999: 64) Bei einem Zusammentreffen mit britischen Vertretern in London bat eine arabische Delegation, der auch der Mufti von Jerusalem angehörte, um ein Verbot des Landverkaufs von Arabern an Nicht-Araber, einen Stopp der jüdischen Einwanderung und die Einrichtung eines nationalen Parlaments.

Die kurze Zeit später von den Briten eingesetzte Hope-Simpson-Kommission hob das Problem der wachsenden Zahl von Arabern ohne jeden Landbesitz deutlich hervor und empfahl, die jüdische Zuwanderung und den Landerwerb durch Juden zu kontrollieren. Diese Vorschläge wurden im Passfield-Weißbuch von 1930 umgesetzt, doch die Zionisten betrachteten diese Entwicklung als ernststen Rückschlag und es gelang ihnen, durch massive Lobbyarbeit die Bedingungen des Weißbuchs umzukehren. Gilbert schreibt, es habe zwei Gründe für den massiven Widerstand der Zionisten gegen die Empfehlungen der Kommission gegeben: erstens wollten sie, besonders angesichts der zunehmenden Verfolgung der Juden in Europa, dass Palästina für die Masseneinwanderung von Juden offen bleibt und zweitens fürchteten sie, ohne eine massive jüdische Zuwanderung würden sie in Palästina in der Minderheit bleiben und müssten sich der Kontrolle durch die arabische Mehrheit unterwerfen. Gilbert zitiert

einen Brief des bekannten Zionisten Arthur Rupin vom 3. Dezember 1931, in dem diese Gefühle sehr gut zum Ausdruck kommen:

Bestenfalls würden die Araber zustimmen, den Juden innerhalb eines arabischen Staates nationale Rechte einzuräumen, ähnlich wie es in Osteuropa gemacht wird. Doch wir wissen nur zu gut um die Bedingungen in Osteuropa und wie wenig eine Mehrheit, der die Exekutivgewalt obliegt, dazu bewegt werden kann, einer Minderheit echte und vollständige nationale Gleichberechtigung einzuräumen. Das Schicksal der jüdischen Minderheit in Palästina hinge stets vom Wohlwollen der arabischen Mehrheit ab, die den Staat führen würde. (zitiert in Gilbert, 1999: 66)

In den Jahren zwischen 1936 und 1939 entwickelten sich die sporadischen Gewaltausbrüche zu einer echten Rebellion der Araber. Zu dieser Revolte gehörten friedliche Widerstandsaktionen, wie ein sechsmonatiger landesweiter Streik und eine Verweigerung der Steuerzahlung in weiten Teilen des Landes, aber auch massive Gewalt. Palästinenser schlossen sich zu Banden zusammen und vernichteten die Ernten, zerstörten Baumpflanzungen, verminten Straßen und verübten Sabotageakte auf die Infrastruktur sowie auf Erdölpipelines. Sie griffen jedoch nicht nur Juden an und töteten sie, sie wendeten sich auch gegen Araber, die sie nicht unterstützten oder die sie der Kollaboration verdächtigten. Gilbert behauptet, dass in dieser Zeit „die *Irgun*, der militärische Arm der Revisionisten, die meisten von Arabern verübten Terroranschläge mit ebenso grausamen Vergeltungsschlägen beantwortete“. (1999:92) Die arabische Seite forderte demokratische Wahlen und einen Einwanderungsstopp für die Juden und die Briten setzten eine neue Untersuchungskommission ein. Diese kam im Jahr 1937 zu dem Schluss, das Mandat sei nicht mehr ausführbar, und empfahl eine Teilung. Nach dem Vorschlag der Peel-Kommission sollte der Nordwesten Palästinas, der zwar nur 20 Prozent des Landes ausmachte, aber die fruchtbarsten Böden hatte, den neuen Judenstaat bilden. Die restlichen 80 Prozent sollten einen arabischen Staat mit Verbindung zu Transjordanien bilden, jedoch sollte ein Korridor zum Meer, ebenso wie Jerusalem und Bethlehem, unter britischer Kontrolle bleiben.



Karte 1: Der Peel-Plan, 1937

Die Reaktionen der Juden auf diesen Vorschlag waren sehr gemischt. Die einen, die sich um die revisionistische Bewegung von Jabotinsky scharten, waren der Ansicht, ein Judenstaat müsse ganz Palästina und Transjordanien einschließen. Die anderen, unter ihnen Chaim Weizmann und David Ben-Gurion, meinten, dies sei eine historische Gelegenheit zur Schaffung eines eigenen jüdischen Staates. Der israelische Historiker Simha Flapan schreibt, Ben-Gurion hätte den Plan als Trittbrett für die Zionisten zur Erlangung der Kontrolle über ganz Palästina betrachtet und ihn deshalb akzeptiert. In diesem Zusammenhang weist er auf folgende Aussagen hin, die Ben-Gurion 1937 vor der Zionistischen Exekutive gemacht hatte: „wenn wir nach der Errichtung des Staates [Israel] eine große Armee aufgebaut haben, werden wir die Teilung aufheben und uns über ganz Palästina ausbreiten“. (Ben-Gurion; zitiert in Flapan, 1987:22) Der israelische Historiker und Kolumnist der *Ha'aretz*, Tom Segev, schreibt, dass der (in den Empfehlungen der Peel-Kommission inhärente) Vorschlag zum „gewaltsamen Transfer“ der arabischen Einwohner aus dem jüdischen Staat hinaus sowie die dadurch gewährleisteteste Gründung eines „wirklich jüdischen Staates“ für Ben-Gurion alle Nachteile des Vorschlags aufwogen. (2001: 403)

Der Plan zur Teilung Palästinas wurde schließlich dem in Zürich stattfindenden 20. Zionistischen Weltkongress vorgelegt und dort mit 299 zu 160 Stimmen angenommen. Die arabische Seite lehnte den Teilungsvorschlag kategorisch ab und argumentierte dahingehend, dass ganz Palästina Bestandteil der Heimat der Araber wäre und nicht geteilt werden sollte. Letztlich wurden die Teilungspläne nie umgesetzt und die Revolte der Araber ging weiter, bis die Briten sie schließlich unterdrückten. Für das deutlich überlegene britische Militär war es leicht, die arabischen Guerillas mit ihren rudimentären Waffen zu bezwingen. Hirst (1977: 92f.) schreibt, das britische Militär hätte in dieser Zeit massive Vergeltungsschläge verübt und „Kollektivbestrafungen“ durchgeführt. Britische Soldaten sind in arabische Dörfer eingefallen, haben standrechtlich Menschen hingerichtet und die Häuser und den Besitz zerstört. Segev behauptet, die britischen Behörden hätten auch Folter eingesetzt. (2001: 415f.) Laut Angaben der *Times* vom 21. Juli 1938 hatten im Verlauf der Revolte 101 Briten sowie 463 Juden ihr Leben lassen müssen. (*The Times*, 21. Juli 1938; zitiert in Hirst, 1977: 93) Die Verluste unter den Palästinensern waren zwar schwerer einzuschätzen, doch nach Schätzungen des

palästinensischen Historikers Walid Khalidi gab es mehr als 5.000 Tote und etwa 14.000 Verletzte. (Hirst, 1977: 93)

Noch herrscht Uneinigkeit über die Gründe für diese zunehmend massiveren Ausbrüche der Feindseligkeit zwischen der jüdischen und der muslimischen Gemeinschaft. Einige Israelis behaupten, das Projekt der Zionisten sei für die Araber in Palästina grundsätzlich von Vorteil gewesen und nur die Unnachgiebigkeit der Araber und ihre Xenophobie hätten verhindert, dass man sich entgegenkam. So betont beispielsweise Cohn-Sherbok (2001) die rechtliche Grundlage der Siedlungstätigkeit in der Balfour-Deklaration, die ja auch in das Mandat mit aufgenommen worden war, und weist gleichzeitig darauf hin, dass die Araber den Teilungsplan von 1937 abgelehnt hatten. Er sagt, die Gewalt der Araber gegen die Juden sei „unfaßbar“ und die arabische Seite sei nie zu einem Kompromiss bereit gewesen:

Während der gesamten Zeit war die arabische Gemeinschaft nicht bereit, über die Probleme, vor denen die Bewohner des Heiligen Landes standen, zu verhandeln. Die Juden dagegen haben immer wieder versucht, eine Lösung für die Probleme der einheimischen Bevölkerung zu finden, ohne dabei ihre Überzeugung aufzugeben, dass es eine nationale Heimstatt für die Juden geben muss. (Cohn-Sherbok, 2001: 179)

Martin Gilbert schlägt in dieselbe Kerbe, indem er schreibt, dass „die Zionistenführer sich in den frühen 30er Jahren immer wieder darum bemüht haben, eine Einigung mit den Arabern in Palästina zu erzielen“. Er behauptet, die „wichtigsten“ dieser Bemühungen bildete ein Treffen zwischen Ben-Gurion und Auni Abdul Hadi, dem Anführer der palästinensischen Unabhängigkeitsbewegung, am 18. Juli 1934. Er zitiert Ben-Gurions Aussagen gegenüber Hadi folgendermaßen:

Letztendlich besteht unser Ziel in der Unabhängigkeit des jüdischen Volkes in Palästina, auf beiden Seiten des Jordan, nicht als Minderheit, sondern als Gemeinschaft mit mehreren Millionen Mitgliedern. Meiner Ansicht nach ist es möglich, bei Einbeziehung Transjordanien innerhalb von vierzig Jahren zusätzlich zu einer arabischen Gemeinschaft mit zwei Millionen Mitgliedern eine Gemeinschaft von vier Millionen Juden entstehen zu lassen [...]. Die Araber in Palästina würden bleiben,

wo sie waren, ihr Leben würde sich verbessern und sie wären auch politisch nicht abhängig von uns, selbst wenn wir eines Tages die übergroße Mehrheit der Bevölkerung stellen. (Gilbert, 1999: 74f.)

Sachar äußert sich ganz ähnlich und behauptet, dass die Zionisten das Land erschlossen, den materiellen Lebensstandard der arabischen Bevölkerung verbessert und neue Arbeitsplätze geschaffen hätten. Die Übergriffe auf Juden, so Sachar, waren das Ergebnis der Hetze angeblich xenophober Anführer wie die des Muftis von Jerusalem sowie der faschistischen Agitation, die aus Italien und Deutschland einsickerte. (1977: 178f.) Joan Peters (1984) hat behauptet, das zionistische Projekt sei für die arabische Bevölkerung so vorteilhaft gewesen, dass es eine große Anzahl von Arabern von außerhalb Palästinas ins Land lockte. Ihrer Ansicht nach ist das starke Anwachsen der arabischen Bevölkerung während der Mandatszeit der illegalen Einwanderung aus anderen arabischen Ländern zuzuschreiben und sie behauptet, dass die jüdische Bevölkerung aus diesem Grund 1948 einen mindestens ebenso großen Anspruch auf das Land hatte wie die arabischen „Neuankömmlinge“. Eine große Anzahl britischer und israelischer Kritiker haben jedoch inzwischen die Behauptungen von Joan Peters als unsinnig abgelehnt und die meisten Demographen gehen davon aus, dass der Großteil der Zunahme der arabischen Bevölkerung auf gesunkene Sterberaten zurückzuführen ist, die das Ergebnis verbesserter hygienischer Bedingungen und einer besseren Infrastruktur waren.⁶ Doch es wurden auch andere Erklärungen für die Revolte vorgebracht. So weist beispielsweise Hirst auf den Groll und die

6 Der Oxford-Historiker Albert Hourani beschrieb Joan Peters Buch im *Observer* als „albern und wertlos“. Ian und David Gilmour nannten es im *London Review of Books* „absurd“. In *Time Out* wurde es als „Fehlinformation von der Größe und dem Gewicht eines getrockneten Kuhfladens“ beschrieben und auch der Lehrstuhlinhaber für Philosophie an der Hebrew University, Avishai Margalit, verurteilte Peters „betrügerisches Netz“. (Kritiken zitiert in Finkelstein, 2001: 45-46) McCarthy schreibt, die nicht näher dokumentierte Immigration von Arabern nach Palästina während der Mandatszeit sei von vergleichsweise „geringem Ausmaß“ gewesen, und um „ernstzunehmende Auswirkungen auf die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung Palästinas haben zu können, hätte das Ausmaß immens sein müssen“. Er kommt zu dem Schluss, dass „das Argument, arabische Einwanderer hätten einen großen Teil der arabischen Bevölkerung in Palästina ausgemacht, ist damit statistisch nicht haltbar“. (1990: 34) Eine Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der verbesserten gesundheitlichen und hygienischen Bedingungen auf die Bevölkerungszahlen in Palästina findet sich bei Friedlander und Goldscheider (1979).

wirtschaftlichen Probleme infolge der Vertreibung der Bauern von den Grundstücken und des Boykotts arabischer Arbeitskräfte hin:

Nachdem man sie von den Landstücken vertrieben hatte, strömten die Bauern auf der Suche nach Arbeit scharenweise in die schnell anwachsenden Städte. Viele von ihnen endeten als Arbeiter, die Häuser für eben jene Immigranten bauten, die sie gleichzeitig hassten und fürchteten, und sie lebten im Elend. In der Altstadt von Haifa lebten 11.000 von ihnen zusammengedrängt in Hütten, die aus Benzinfässern gebaut worden waren und weder über eine Wasserversorgung noch über auch nur rudimentärste sanitäre Einrichtungen verfügten. Andere, die ohne Familie waren, schliefen unter freiem Himmel. Diese Lebensbedingungen standen auf beschämende Weise im Kontrast zu den schmucken Häusern, die diese Bauern für die wohlhabenden Neuankömmlinge bauten, aber auch zu den Unterbringungen für die jüdischen Arbeiter, die von den jüdischen Baufirmen ausgestattet wurden. Sie [die ehemaligen Bauern] verdienten nur die Hälfte, manchmal nur ein Viertel dessen, was ihre jüdischen Kollegen verdienten und durch die zunehmend exklusive Arbeitsvergabe an jüdische Arbeiter verloren sie nach und nach auch das noch. (1977: 75)

Einige israelische Forscher, unter ihnen auch Gershon Shafir, sind der Ansicht, die jüdische Siedlungstätigkeit in Palästina im 20. Jahrhundert ähnele dem Modell der „reinen Siedlungskolonie“, einer Form des europäischen Kolonialismus, welches in Nordamerika und Australien Anwendung gefunden hatte. Bei diesem Modell wird „eine Wirtschaft aufgebaut, die auf der Arbeit weißer Arbeitskräfte beruht und es den Siedlern zusammen mit der gewaltsamen Entfernung oder der Auslöschung der einheimischen Bevölkerung ermöglichte, das Gefühl von kultureller und ethnischer Homogenität wiederzuerlangen, das zum europäischen Konzept von einer Nation gehört“. (Shafir, 1999: 84) Segev schreibt, das „‘Verschwinden’ der Araber sei zentraler Bestandteil des zionistischen Traumes und eine notwendige Bedingung für seine Umsetzung gewesen“. (2001: 405) Außerdem ist er – ganz im Gegensatz zu Gilbert – der Ansicht, prominente Zionisten wie David Ben-Gurion haben geglaubt, dass es sich bei der arabischen Revolte um einen nationalistischen Kampf handelte, durch den die Araber verhindern wollten, dass man sie enteignete:

Die Rebellion warf ein neues Licht auf die Araber. Statt eines „wilden und zerstreuten Mobs, der nur Raub und Plünderung im Sinn hatte,“ so Ben-Gurion, „erschieden sie als organisierte und disziplinierte Gemeinschaft, die mit politischer Reife und der Fähigkeit zur Selbsteinschätzung ihren Willen als Nation zum Ausdruck brachte“. Er schrieb, wäre er ein Araber gewesen, so hätte er auch rebellierte, er hätte sogar noch heftiger, noch verbitterter und noch verzweifelter gekämpft. Nur wenige Zionisten hatten Verständnis für die Gefühle der Araber und Ben-Gurion befand es für notwendig, sie zu warnen. Er sagte, diese Rebellion sei nicht einfach bloßer Terror, Terror war nur das Mittel zum Zweck. Und es ging auch nicht nur um Politik, die Naschaschibis gegen den Mufti. Die Araber hatten einen nationalen Krieg begonnen, sie kämpften gegen die Enteignung ihres Heimatlandes; und auch wenn ihre Bewegung vielleicht primitiv war, so Ben-Gurion, mangelte es ihnen doch nicht an Hingabe, Idealismus und Aufopferungsbereitschaft. (Segev, 2001: 370-71)

Infolge der Revolte setzten die Briten eine weitere Untersuchungskommission ein, deren Ergebnisse im MacDonald-Weißbuch von 1939 zusammengefasst wurden. Man schlug vor, in den nächsten fünf Jahren 75.000 jüdische Immigranten plus 25.000 außerplanmäßige Flüchtlinge ins Land zu lassen, danach sollte jede weitere Zuwanderung der Zustimmung durch die Araber bedürfen.⁷ Das Weißbuch enthielt außerdem den Vorschlag, die Landverkäufe streng zu reglementieren und innerhalb von zehn Jahren einen unabhängigen palästinensischen Staat zu errichten. Die Zionisten betrachteten das Weißbuch – besonders angesichts der zunehmenden Verfolgung der Juden in ganz Europa – als Verrat, durch den die Schaffung eines Staates mit jüdischer Mehrheit in Palästina gefährdet wurde. Einige Israelis, unter ihnen auch Benjamin Netanjahu, behaupteten, die Briten seien mitschuldig am Völkermord der Nazis an den Juden, weil sie den Juden die uneingeschränkte Einwanderung nach Palästina verwehrt hätten:

7 Gilbert schreibt, die britischen Behörden hätten 1943 auf Churchills Anweisung hin die Beschränkungen für eine jüdische Einwanderung nach Palästina gelockert, indem sie erlaubten, dass „jeder Flüchtling, der per Zug oder Schiff aus dem Balkan nach Istanbul gelangte, unabhängig von den bestehenden Quoten nach Palästina weitergelassen werden sollte“. (1999: 115) Nach Gilberts Schätzungen sind auf diesem Weg mehrere Tausend Juden nach Palästina gelangt.

Man kann das Ausmaß des Verrats der Briten an den Juden nur im Kontext dessen ermessen, was in Europa in den 30er Jahren und danach geschah. Als Reaktion auf den Druck seitens der Araber beschränkten die Briten die Zuwanderung der Juden nach Palästina (es gab übrigens keine derartigen Beschränkungen für arabische Zuwanderer) und schnitten damit den aus dem brennenden Europa flüchtenden Juden den Fluchtweg ab. Während die Gestapo versuchte, ganze Schiffe voller deutscher Juden hinaus auf hohe See zu schicken – man wollte so beweisen, dass andere Länder die Juden ebenso wenig wollten wie Deutschland – schickten die Briten pflichtbewusst jedes Boot, das es nach Palästina schaffte, wieder zurück und nahmen sogar einige unter Beschuss. [...] Mehr als zehn Jahre lang war den Juden, die vor ihrer Ermordung geflüchtet waren, dank den Briten die Tür zur nationalen Heimstatt der Juden verschlossen. Dadurch haben die Briten nicht nur daran mitgearbeitet, die nationale Heimstatt der Juden zu zerstören – denn jeder war der Ansicht, ohne weitere Immigranten könne sie nicht überleben – sie haben sich außerdem zu Komplizen bei der Vernichtung des europäischen Judentums gemacht. (2000: 75-76)

Die jüdische Antwort auf das MacDonald-Weißbuch von 1939 bestand aus drei Elementen. Zunächst einmal erhielt man die illegale jüdische Immigration nach Palästina aufrecht. Des Weiteren verübten paramilitärische jüdische Gruppierungen Anschläge auf die Briten, zu denen Sabotageakte, Bombenanschläge und Mordangriffe gehörten, ein Element, das nach 1945 deutlich an Bedeutung gewann. Und schließlich wandten sich die Zionisten bei der Wahl ihres Gönners von den Briten ab- und den USA zu. Dabei bauten sie enge Kontakte zu politischen Führern in den USA auf und benutzten die Stimmen der amerikanischen Juden als Druckmittel, um die USA dazu zu bringen, die Fortsetzung der jüdischen Immigration nach Palästina und die Gründung eines jüdischen Staates dort politisch zu unterstützen.

Die amerikanische Politik und die Siedlungen der Überlebenden des Holocaust

Im Mai 1942 verabschiedeten die Zionisten auf der American Zionist Conference in New York die so genannte Biltmore-Resolution, in der sie die Errichtung eines „jüdischen Staates“ in ganz Palästina forderten, und man begann, die politische Führung Amerikas unter Druck zu setzen, damit diese die in der Resolution genannten Bedingungen unterstützte. Im Jahr 1941 gründeten die Zionisten das *American Palestine Committee*, zu dessen Mitgliedern zwei Drittel des US-Senats, 200 Mitglieder des Repräsentantenhauses sowie die Führer der beiden großen Parteien und der Arbeiterorganisationen gehörten. (Ovendale, 1999) Man legte dem Senat und dem Repräsentantenhaus Resolutionen vor, in denen man die freie Einreise von Juden nach Palästina und die Wiederherstellung Palästinas als jüdisches Commonwealth forderte, diese Bestrebungen blieben jedoch erfolglos. Außerdem betrieben zionistische Vertreter direkte Lobbyarbeit bei den Politikern der beiden großen Parteien. Die Präsidentschaftswahl 1944 war ein Kopf-an-Kopf-Rennen und Ovendale deutet an, dass hier der politische Einfluss der Zionisten besonders zum Tragen kam. Die 4.500.000 amerikanischen Juden lebten vor allem in drei entscheidenden Staaten (New York, Pennsylvania und Illinois), die jederzeit über den Ausgang der Wahlen entscheiden konnten. Die Republikaner verabschiedeten ein Parteiprogramm, in welchem sie die unbeschränkte Möglichkeit zur Einwanderung von Juden nach Palästina, uneingeschränkte Möglichkeiten zum Landerwerb und die Umwandlung Palästinas in einen freien und unabhängigen jüdischen Staat forderten. Roosevelt (der Kandidat der Demokraten; Anm. d Übers.) stand damit stark unter Druck; er musste nachziehen, und so versprach er den Führern der Zionisten in einem privaten Brief, er würde sich im Falle seiner Wiederwahl für die „Etablierung Palästinas als freier und demokratischer jüdischer Staat“ einsetzen. (Ovendale 1999: 87f.)

Die politischen Entscheidungen im Zusammenhang mit der Ansiedlung jüdischer Flüchtlinge in Palästina gegen Ende des Zweiten Weltkrieges sind immer noch heftig umstritten. In der Debatte geht es darum, ob sich die Überlebenden des Holocaust von sich aus in Palästina ansiedeln wollten oder ob sie durch die zionistische Propaganda beeinflusst wur-

den und kaum eine andere Möglichkeit hatten. Einige argumentieren, der Grund könnte darin bestehen, dass den jüdischen Flüchtlingen der Weg in andere potentielle Zufluchtsorte, wie die Vereinigten Staaten, versperrt war und dass die zionistischen Führer dem zumindest stillschweigend zustimmten. Nach wie vor ist diese Debatte sehr emotionsgeladen, da Zehntausende Überlebende des Holocaust nach Ende des Krieges noch in europäischen Vertriebenenlagern starben, während gleichzeitig der US-Kongress Flüchtlingen aus Ländern, die von den Sowjets besetzt waren, durch eine neue Gesetzgebung Priorität bei der Aufnahme in die Vereinigten Staaten einräumte, obwohl es unter ihnen eine ganze Reihe von Nazi-Sympathisanten und ehemaligen SS-Soldaten gab. (Chomsky, 1999) Die Anführer der Zionisten betonten immer wieder, dass es lebenswichtig sei, in Palästina einen Zufluchtsort für die jüdischen Flüchtlinge aus Europa, die den Holocaust überlebt hatten, zu schaffen. Man behauptete, nur Palästina könne den jüdischen Flüchtlingen jenen sicheren Zufluchtsort bieten, in dem sie ihr Leben wiederaufbauen und vor weiteren antisemitischen Anfeindungen geschützt wären:

Sie (die Überlebenden des Holocaust) wollen ihre Menschenwürde und ihr Heimatland wiederhaben, sie wollen sich, nachdem sie ihre engsten Verwandten verloren haben, in Palästina mit ihresgleichen wiedervereinen. Die Länder, in denen sie geboren wurden, sind für sie der Friedhof ihres Volkes. Sie können und wollen nicht dorthin zurückkehren. Sie wollen zurück in ihre nationale Heimstatt und deshalb besteigen sie die Schiffe. (Ben-Gurion; zitiert in Gilbert, 1999: 147)

Gilbert (1999) führt als Beweis dafür, dass die meisten Flüchtlinge unbedingt nach Palästina wollten, an, dass Überlebende des Holocaust häufig versuchten, auf Schiffen wie der *Exodus* nach Palästina zu gelangen. Seinen Schätzungen zufolge schlugen sich zwischen August 1945 und Mai 1948 etwa 40.000 Juden heimlich nach Palästina durch. Zudem zitiert Gilbert Bemerkungen des britischen Parlamentsmitglieds Richard Crossman von der Labor-Partei und strikten Befürworters des Zionismus bezüglich der tatsächlichen Wünsche der jüdischen Flüchtlinge, die in den Vertriebenenlagern dahinsiechten und von denen er behauptete, sie seien nicht einfach von der zionistischen Propaganda beeinflusst worden:

Selbst wenn es nicht einen einzigen ausländischen Zionisten und keine Spur zionistischer Propaganda in diesen Lagern gegeben hätte, hätten sich diese Menschen für Palästina entschieden [...]. Neun Monate lang lebten diese Juden da zusammengepfercht und hatten nichts anderes zu tun, als ihre Zukunftspläne zu diskutieren. Sie wussten, dass die westlichen Demokratien sie nicht wollten und sie hatten von Atlees Plan gehört, laut dem sie hier bleiben und beim Wiederaufbau ihrer Länder helfen sollten. Das klang für sie wie reine Heuchelei. Sie waren nicht länger Polen, sondern – wie Hitler ihnen klar gemacht hatte – Angehörige des jüdischen Volkes, das vom „zivilisierten Europa“ verachtet und abgelehnt wurde. Sie wussten, dass sie im weit entfernten Palästina eine nationale Heimstatt finden würden, die bereit und begierig war, ihnen eine Chance auf ein neues Leben zu geben – nicht als Fremde in einem fremden Land, sondern als Juden in ihrem eigenen. Es ist ganz und gar absurd, ihre Sehnsucht nach Palästina der organisierten Propaganda zuzuschreiben! Wenn man es einmal realistisch und nüchtern betrachtet, so war Palästina ihre einzige Hoffnung, das Lager früher zu verlassen. (zitiert in Gilbert, 1999:128; Vertriebene mussten zunächst ein Land finden, das sie aufnehmen würde.; Anm. d. Übers.)

Der israelische Historiker Yehuda Bauer (1970) ist ebenfalls der Ansicht, dass sich die Flüchtlinge nur zu gern in Palästina ansiedeln wollten und zitiert in diesem Zusammenhang den Bericht einer jüdischen Untersuchungskommission aus dem Jahr 1946, in dem es heißt, dass 96,8 Prozent der jüdischen Flüchtlinge, die zu Kriegsende in den Vertriebenenlagern in Europa dahingevegetierten, genau das wollten. Avi Shlaim schreibt, dass „nach dem Trauma [des Holocaust] nur wenige das Recht der Juden auf eine Heimat in Frage stellten“ und dass die moralische Rechtfertigung dafür „unangreifbar“ wurde. (2000: 23-24) Andere israelische Historiker zeichnen jedoch ein ganz anderes Bild. So schreibt Segev:

Es gibt keinerlei Grundlage für die weit verbreitete Annahme, der Staat sei infolge des Holocaust gegründet worden. Natürlich haben der Schock, das Grauen und die Schuldgefühle die Sympathien für die Juden allgemein und für die zionistische Bewegung im Besonderen stark zunehmen lassen. Diese Sympathien trugen dazu bei, dass die Zionisten ihre diplomatische Kampagne und ihre Propaganda vorantreiben konnten und dass sie ihre Strategie zunehmend auf die Bemühungen um die

Überlebenden ausrichteten, jene Juden in den Vertriebenenlagern, die forderten, man möge sie nach Palästina bringen. Die Jewish Agency behauptete, all diese Überlebenden seien Zionisten und sie wollten alle nach Palästina. Doch das war nicht wahr. Man ließ den Vertriebenen die Wahl: sie konnten in ihre jeweilige Heimat in Osteuropa zurückkehren oder sich in Palästina ansiedeln. Wenige konnten oder wollten in Länder zurückkehren, die damals in unterschiedlichem Maß von Hungersnöten geplagt oder in der Hand von Antisemiten oder Kommunisten waren. Man gab ihnen auch nie die Möglichkeit, zwischen Palästina und beispielsweise den Vereinigten Staaten zu wählen. Tatsächlich hatten sie nur die Wahl zwischen der Auswanderung nach Palästina und dem Verbleib in den Vertriebenenlagern. (2001: 491)

Wieder andere, wie beispielsweise Feingold (1970) und Shonfeld (1977) haben sich über das Gebaren der Zionisten in Palästina und Amerika zum Ende des Zweiten Weltkrieges höchst kritisch geäußert. Sie schreiben, die zionistische Bewegung hätte mobil machen müssen, um so die US-Regierung unter Druck zu setzen, damit diese die Überlebenden des Holocaust ins Land lässt. Auf diese Weise hätten viele Juden, die so in den europäischen Vertriebenenlagern starben, gerettet werden können. Segev sagt, Ben-Gurion und die Labour-Führung in Palästina hätten den Aufstieg der Nazis in den 30er Jahren als potentiell „gewinnbringenden Einfluss für den Zionismus“ angesehen, da auf diese Weise das Potential für eine Massenimmigration nach Palästina geschaffen wurde. (1993: 18) Er führt an, die Labour-Führung habe in den 30er und 40er Jahren sogenannte *haavara* (Transport)-Abkommen mit den Nazis geschlossen, durch die es den Juden möglich war, nach Palästina zu emigrieren und sogar begrenzte Mengen an Kapital mitzunehmen. Er behauptet, Ben-Gurions politische Gegner aus den Reihen der Revisionisten seien gegen die Abkommen gewesen und hatten die Ansicht vertreten, man solle die Deutschen boykottieren statt mit ihnen zu verhandeln. Weiter schreibt Segev, Ben-Gurion sei nach den Pogromen der Reichskristallnacht sehr besorgt gewesen, andere Länder könnten durch ihr „humanitäres Gewissen“ dazu bewegt werden, ihre Tore für jüdische Flüchtlinge zu öffnen – ein Schritt, den er ganz klar als Bedrohung für den Zionismus ansah:

Wenn ich wüsste, dass ich alle [jüdischen] Kinder in Deutschland retten könnte, indem ich sie nach England bringe, aber nur die Hälfte

von ihnen, wenn ich sie nach Palästina bringe, so würde ich mich doch für Letzteres entscheiden, denn wir müssen uns nicht nur dem Urteil dieser Kinder stellen, sondern der historischen Beurteilung durch das jüdischen Volkes. (Ben-Gurion; zitiert in Segev, 1993: 28)

Auch einige bekannte Vertreter der britischen Regierung und des US-Außenministeriums teilten die Ansicht, dass die jüdischen Flüchtlinge nur als politisches Druckmittel benutzt wurden, um die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina zu erreichen⁸, und man war sehr besorgt wegen der Auswirkungen auf die Stabilität in Palästina und eines möglichen Durchbruchs der Russen.⁹ Roosevelts Nachfolger, Harry Truman, entschied sich dafür, die Politik der Unterstützung für eine Ansiedlung der jüdischen Flüchtlinge in Palästina weiter fortzusetzen. Owendale (1999) schreibt, der Grund dafür habe hauptsächlich in der Wahl zum New Yorker Bürgermeister im Jahr 1945 bestanden, da die Stimmen der jüdischen Wähler dort entscheidend sein konnten. William Eddy vom amerikanischen Außenministerium behauptet, Truman habe die amerikanischen Botschafter in den arabischen Ländern mit folgenden Worten darüber informiert: „Es tut mir leid, Gentlemen, aber ich muss mich vor Hunderttausenden verantworten, die sich einen Erfolg für den Zionismus wünschen; und ich habe nicht Hunderttausende Araber unter meinen Wählern“. (1999: 36)

8 US-Außenminister James Byrnes schrieb an den britischen Außenminister Lord Halifax, dass die amerikanischen Juden kein Interesse daran hätten, dass das Flehen der Flüchtlinge in Europa erhört würde. Ihr wichtigstes Anliegen war, dass die Juden „ein Land haben sollten, das sie ihr eigen nennen können“. Harold Beeley vom britischen Außenministeriums beklagte sich, dass „die Zionisten betrüblicherweise sehr erfolgreich dabei waren, ihre Vorstellung zu verkaufen, dass eine Auswanderung nach Palästina auch nach dem Sieg der Alliierten für die viele Juden 'ihre einzige Chance zu überleben' darstellt“. (beides zitiert in Owendale, 1999: 94)

9 Die Briten waren besorgt wegen des massiven Drucks, die Grenzen Palästinas für die jüdischen Flüchtlinge zu öffnen und befürchteten negative Auswirkungen auf die öffentliche Ordnung. Owendale (1999) schreibt, laut Schätzungen des US War Departments hätte man nach der Öffnung des Landes für jüdische Immigranten eine 300.000 Mann starke Truppe nach Palästina entsenden müssen, um dort für Ruhe zu sorgen. Außerdem heißt es bei Owendale, im US-Außenministerium sei man besorgt gewesen, dass ein Gegenschlag seitens der Araber den Einfluss der Sowjets in dieser geostrategisch so wichtigen Region stärken könnte, und so empfahl man, dafür zu sorgen, dass das britische Kolonialreich intakt blieb.

Das Ende des Mandats

Die paramilitärischen Gruppierungen in Palästina zermürbten die Briten nach und nach. Gegen Ende der arabischen Revolte hatten jüdische Gruppierungen Anschläge auf die Araber verübt. Im Juli 1938 kamen bei sechs Bombenanschlägen auf hauptsächlich von Arabern frequentierte öffentliche Orte mehr als einhundert Araber ums Leben. Die letzte dieser Bomben detonierte auf dem arabischen Melonenmarkt in Haifa und tötete 53 Araber und einen Juden. (*Palestine Post*, 26. Juli 1938) Nach der Veröffentlichung des Weißbuches von 1939 begannen die paramilitärischen Gruppierungen der Juden mit Operationen gegen die britischen Behörden. Angesichts des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges brach jedoch die *Irgun*, die wichtigste dieser paramilitärischen Gruppen der Zionisten, die Revolte ab, was eine Spaltung innerhalb der Organisation zur Folge hatte. Die militantere *Stern-Gruppe*, eine Splittergruppe der *Irgun*, setzte den Kampf gegen die Briten fort. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges, im Oktober 1945, schlossen sich die paramilitärischen Kämpfer der Zionisten mit der wichtigsten Kampftruppe der Zionisten, der *Haganah*, zusammen und begannen, gemeinsam gegen die britischen Behörden zu kämpfen. In diesem als „Bewegung der hebräischen Revolte“ bekannt gewordenen Kampf zerstörten sie Straßen, Brücken, Züge und Patrouillenboote, griffen Baracken der britischen Armee an und plünderten Banken und Waffenarsenale. Im Jahr 1946 verübten die zionistischen Kräfte an nur einem Tag 16 voneinander unabhängige Anschläge auf die britische Armee, bei denen viele gepanzerte Fahrzeuge zerstört wurden und es 80 Tote und Verletzte gab. (Hirst 1977) Die *Stern-Gruppe* ermordete Lord Moyne (den britischen Militärgouverneur in Ägypten; Anm. d. Übers.), man kaperte britische Offiziere, peitschte sie aus und tötete sie. Der bekannteste Anschlag war das Sprengstoffattentat auf das King David Hotel, das Zentrum der britischen Mandatsmacht, das mit 500 Pfund Sprengstoff in die Luft gejagt wurde. Dabei starben 88 Menschen, unter ihnen 15 Juden. Das Geld für diese Anschläge kam von Sympathisanten aus den Vereinigten Staaten. Ben Hecht, Drehbuchautor in Hollywood, verfasste einen Artikel für die *New York Herald Tribune* mit dem Titel *Letter to the Terrorists of Palestine*

(etwa: Brief an die Terroristen in Palästina; Anm. d. Übers), in dem er unter anderen schrieb:

Jedes Mal, wenn ihr ein britisches Waffenarsenal in die Luft sprengt oder ein britisches Gefängnis zerstört oder einen britischen Zug himmelwärts schickt oder eine britische Bank ausraubt oder mit euren Gewehren und Bomben auf die britischen Verräter eures Heimatlandes losgeht, dann feiern die amerikanischen Juden innerlich ein Fest. [...] Ihr mutigen Freunde, wir arbeiten daran, euch zu helfen. Wir beschaffen euch das Geld. (15. Mai 1947; zitiert in Hirst, 1977: 119)

Die Gewalt nahm so stark zu, dass Anfang 1947 alle britischen Zivilisten, deren Anwesenheit vor Ort nicht zwingend notwendig war, sowie die Familien der Militärangehörigen aus Palästina evakuiert wurden. Die Briten – geschwächt durch den Zweiten Weltkrieg und demoralisiert durch die aufreibende Kriegsführung – verloren schnell den Enthusiasmus, in Palästina die Ordnung aufrechtzuerhalten. Gilbert deutet an, sie seien auch darauf bedacht gewesen, die arabische Seite nicht zu verprellen, da sie ihre Erdölinteressen in der Region wahren wollten. Vielleicht sagte ihr Außenminister Ernest Bevin mit dieser Tatsache im Hinterkopf, er sei für „einen unabhängigen, einheitlichen Staat in Palästina, mit besonderen Rechten für die jüdische Minderheit, wobei man sich jedoch soweit wie möglich an den Plänen der Araber orientieren sollte“. (zitiert in Gilbert, 1999: 142) Bevin war des Weiteren der Ansicht, eine zionistische Führung in Palästina würde kaum jemals eine Teilung als endgültig akzeptieren, sondern früher oder später versuchen, die Grenzen des eigenen Landes auszudehnen. Der Widerstand der arabischen Seite gegen die zionistischen Pläne, so prophezeite er, könnte zu einer lang andauernden Instabilität in der Region führen: „Während der jüdische Irredentismus sich vermutlich erst nach einer Weile entwickeln würde, kann man im Falle des arabischen Irredentismus sicher sein, dass er von Anfang an da wäre. Somit könnte sich die Existenz eines jüdischen Staates als steter Unruhefaktor für den Nahen Osten erweisen“. (zitiert in Gilbert, 1999: 142) Im Februar 1947 entschieden sich die Briten dafür, das Mandat zu beenden und das Palästina-Problem an die Vereinten Nationen weiterzureichen.